

UnionKurier

Mitgliederzeitung des CDU Kreisverbandes Bonn



CDU

Aus dem CDU-Bezirk Mittelrhein

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Bonner CDU,

in diesem durch Karneval fröhlich geprägten Monat freut es mich besonders, Sie auf der Titelseite unseres Union Kuriers informieren zu können.

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich im Oktober des vergangenen Jahres zum CDU-Bezirksvorsitzenden unserer schönen Region Mittelrhein gewählt worden. Ich habe diese Aufgabe mit Freude und Verantwortung übernommen und möchte gemeinsam mit dem Bezirksvorstand die Region politisch stärken.

Der CDU-Bezirk Mittelrhein ist identisch mit meinem Wahlkreis als Europaabgeordneter. Es sind die fünf CDU-Kreisverbände: Bonn, Köln, Leverkusen sowie Rhein-Sieg- und Rhein-Erft-Kreis. Insgesamt hat unsere Region rund 2,5 Mio. Einwohner und ca. 23.000 CDU-Mitglieder.

Die Themen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sind in einer solch unterschiedlich strukturierten Region natürlich vielfältig. Dies gilt es auch vor Ort so weiter im Fokus zu haben, sich zu kümmern und unsere Stärke als Kommunalpartei voran zu treiben.

In der heutigen Zeit von Globalisierung und raschem gesellschaftlichen Wandel ist es aber unerlässlich, dass wir uns gemeinsam als so genannte Metropolregion aufstellen. Das haben wir in der CDU schon vor vielen Jahren erkannt und begonnen, die Weichen dafür zu stellen. Es gilt die Positionierung unserer Region auch in Europa insgesamt voran zu treiben. Die zentrale Lage und die hervorragende Infrastruktur ist der Garant für eine weiterhin gute Entwicklung. Und durch gemeinsames Handeln als wachstums- und innovationsorientierte Region können wir uns dauerhaft im europäischen und auch im internationalen Kontext behaupten.

Wir sind mit dem Verein „Region Köln/Bonn“ gut aufgestellt, doch können wir uns noch viel besser vernetzen. Ein richtiger und wichtiger Schritt war es, dass sich die Metropolregion Köln/Bonn im vergangenen Jahr erstmalig gemeinsam als Top-Standort für die Telekommunikationsbranche auf dem Mobile World Congress in Barcelona präsentiert hat. Ein weiterer Wirtschaftsbereich ist die Energiebranche in vielen Facetten, mit der wir im europäischen und internationalen Kontext die besten Voraussetzungen haben. Wir haben Standortvorteile in den Bereichen Wissenschaft und Kultur wie kaum eine andere Region in Europa. Weitere exzellente Leuchttürme sind der Medien- und Biotechnologie-Stand-

gerade in der aktuellen Diskussion um die Einhaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes. Eines steht unabdingbar fest: Bonn tut Berlin gut! Bonn hat den wesentlichen Beitrag zum Aufbau und zur Identifikation des demokratischen, an bundesstaatlichen Prinzipien orientierten Deutschlands geleistet, diese Wurzeln braucht Berlin tagtäglich.

Die Aufteilung zwischen Bonn und Berlin fördert einen lebendigen Föderalismus, den der Bund und die Bundesländer ja gerade stärken wollen. Das beugt einem immer unverhohlener auftretenden Berliner Zentralismus vor. Und Zentralismus führt nicht zu besseren Arbeitsergebnissen! Es gibt drei Kernargumente für die Beibehaltung der zwei Regierungsstandorte:



1. die bestehende Rechtslage

Der Umzugsbeschluss ist nur deshalb zustande gekommen, weil Bonn zugesichert worden war, dass zwischen beiden Städten eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung vorgenommen wird. Dies ist die historische Geschäftsgrundlage, die nachträglich nicht zu Ungunsten einer Seite verändert werden darf. Grundvoraussetzung für die Beschlussfassung von 1991 war: „Der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien“ bleibt in Bonn erhalten. Bereits heute entspricht die Arbeitsplatzverteilung nicht dem Bonn/Berlin-Gesetz, denn es befinden sich nur noch 46 Prozent der Arbeitsplätze in Bonn.



ort sowie die Chemie- und Automobilindustrie. Und wir müssen dabei auch einige Schritte weiter denken: Die Rhein-Maas Region wächst im Westen mit uns zusammen, der Oberbergische- sowie Rheinisch-Bergische-Kreis wächst im Nordosten. Das bedeutet ein Einzugsgebiet von mehr als 4 Mio. Einwohnern.

Die nächsten zwei Jahre sollen also davon stark geprägt sein, die Metropolregion Rheinland weiter mit Leben zu füllen und Pflöcke einzuschlagen, um sie erkennbar zu machen. Wir haben 2009 zusammen die Rheinische Charta als CDU Mittelrhein beschlossen. Diese gilt es weiter zu entwickeln und Handlungen erwachsen zu lassen.

Dabei spielt der Zusammenerhalt der kommunalen CDU-Familie eine entscheidende Rolle. Wie wichtig dieser Zusammenhalt ist, sehen wir

2. die anfallenden Kosten

Die bisherigen Kosten für die Verlagerung der Arbeitsplätze (1999) nach Berlin belaufen sich auf ca. 10 Mrd. Euro. Der neuerliche Umzug dürfte nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes bei 3 bis 5 Mrd. Euro liegen. Die laufenden Kosten für die zwei Standorte werden jährlich ermittelt. Die aktuellen Zahlen für 2010 sind aufgrund moderner Techniken wie Telefon-/Videokonferenzen und einer über Jahre hinweg verbesserten Struktur der Ministerien von 10,5 auf 9,1 Millionen gesunken. Ohne Zinszahlungen gerechnet, könnte die Arbeitsteilung bei gleich bleibenden Bedingungen 500 Jahre aufrecht erhalten werden, bis die Summe von 5 Mrd. Euro erreicht wäre. Die in diesem Zeitraum ansonsten anfallenden Zinszahlungen i.H.v. ca. 150 Mrd. Euro hätte man sich dabei gespart.

3. die Etablierung Bonns als UN-Standort in Deutschland

Die Ansiedlung der UN-Einrichtungen, der Bau des internationalen Kongresszentrums und das ganze Umfeld der sich hierauf gründenden national und international tätigen Organisationen sind das stark erkennbare Signale für den deutschen UN-Standort. 18 Organisationen der Vereinten Nationen arbeiten mittlerweile mit rund 1.000 Mitarbeitern in Bonn. Unter der Überschrift „UN in Bonn – Für nachhaltige Entwicklung weltweit“ haben sie sich ein gemeinsames thematisches Dach gegeben.

Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit ist eine der Maxime von CDU-Politik. Dies gilt auch für das Bonn/Berlin-Gesetz. Daneben wären sämtliche Äußerungen zur Konsolidierung des Haushalts und Sparappelle nicht glaubwürdig, wenn die knappen zur Verfügung stehenden Mittel verschwendet werden, ohne das ein erkennbarer Mehrwert erzielt wird. Bonn hat Berlin immer fair behandelt – das erwarten wir auch von Berlin!

Und das führt mich zu einem weiteren Thema, dass unsere Region nachhaltig betrifft: die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Es ist unerlässlich, dass auch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Geiste des Bonn/Berlin-Gesetzes handelt und ein klares Signal für die Region gibt. Gerade wegen der fortdauernden Umzugsdiskussion über die Bundesministerien mit Sitz in Bonn ist es ein fatales Zeichen, wenn die unionsnahe politische Stiftung ihre historischen Standorte zugunsten Berlins aufgibt. Die KAS ist seit Mitte der 50er-Jahre in Sankt Augustin und Wesseling ansässig. Gerade die CDU ist immer für eine föderale Struktur in Deutschland eingetreten. Es wäre deshalb genau das falsche Zeichen, wenn sich ausgerechnet die unionsnahe Stiftung mehr zentralisiert. Ferner steht der Namensgeber der Stiftung, Konrad Adenauer, als ehemaliger Kölner Oberbürgermeister und Bürger von Bad Honnef wie kein zweiter für das Rheinland und einen föderalen Staat.

Wir haben im Bezirk folgenden Mittelrhein-Appell beschlossen, mit dem wir uns eindringlich an den Vorstand und die Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung gewendet haben: Der Stammsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin und das Bildungszentrum Schloss Eichholz in Wesseling müssen erhalten bleiben.

Es sollen keine Arbeitsplätze aus den beiden Einrichtungen aus der Region nach Berlin oder an andere Standorte verlagert werden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung soll sich klar zu ihren historischen Wurzeln und den Standorten in der Region Mittelrhein bekennen.

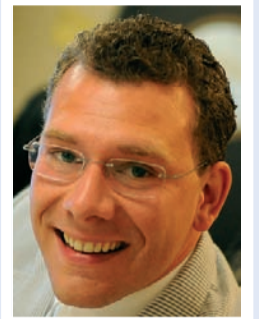
Die in Sankt Augustin und in Schloss Eichholz wahrgenommenen Aufgaben sind unverzichtbar, sie dürfen nicht gekappt werden. Aktuell ist zu konstatieren, dass die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zu den Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung sinkt. Zugleich verlieren die großen Volksparteien an Bindungskraft, wie wir ja leider auch in unserer Region zunehmend spüren. Umso wichtiger ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig vermittelt wird, dass eine demokratische Ordnung naturgemäß ohne ihr Mitgestalten nicht lebendig funktionieren kann.

Ich freue mich auf die weiteren Aufgaben als Ihr Europaabgeordneter und CDU-Vorsitzender der Region Mittelrhein!

Herzliche Grüße
JL
Axel Voss

Axel Voss MdEP
Bezirksvorsitzender CDU Mittelrhein

Editorial



Philipp Lerch
Vorsitzender
der Bonner CDU

Liebe Mitglieder der Bonner CDU,

der Euro ist am 1. Januar 13 Jahre alt geworden. Im Frühjahr 1998 – ich war damals 15 Jahre alt – sagte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag, dass es wesentlich vom Euro abhängt, „ob künftige Generationen in Deutschland und in Europa in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können“. Als Bargeld wurde der Euro vor 10 Jahren in einer weltweit beispiellosen Währungsumstellung eingeführt. Mein „Starterkit“ habe ich noch aufbewahrt: „Nominalwert: 10,23 Euro, Abgabepreis: 20 DM“ steht auf der Verpackung. Preisstabilität, niedrige Zinsen, integriertere Finanzmärkte, reduzierte Konjunkturrisiken, neue Absatzmärkte und eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit – wer wollte da nicht von einer Erfolgsgeschichte sprechen? „Währungen sind viel mehr als ein Zahlungsmittel“ – auch mit diesem Akzent lag der Altbundeskanzler richtig. Zwar korrigieren wir heute Konstruktionsfehler und Kontrollmechanismen der Wirtschafts- und Währungsunion, eines sollte dabei aber nicht in Vergessenheit geraten: Im Kern handelt es sich bei der so genannten Eurokrise nicht um eine Notlage der europäischen Gemeinschaftswährung, sondern um eine von den Staaten der Eurozone hausgemachte Verschuldungskrise. Auch in Deutschland leben wir seit Jahren auf Kosten von Kindern, deren Eltern noch nicht einmal geboren sind. Der Schuldenzuwachs beträgt hierzu-lande noch weit mehr als 1000 Euro pro Sekunde. Die Krise ist also nicht aus dem Nichts gekommen, sondern das Ergebnis von finanzpolitischen Fehlentscheidungen in den Nationalstaaten. Ohnehin stehen diese – auf sich allein gestellt – ohnmächtig vor den entscheidenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Insbesondere ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das Rücksicht auf die Schöpfung nimmt und Wohlstand nicht auf Kosten zukünftiger Generationen generiert, kann nur mit einer langfristigen internationalen Ordnungspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft funktionieren. Mehr Europa liegt in deutschem Interesse. Helmut Kohl hat es 2011 noch einmal auf den Punkt gebracht: „Europa ist kein Selbstzweck naiver Träumer, Europa bleibt gerade auch für Deutschland ohne Alternative.“

In anderen Regionen unserer Erde verteidigen Menschen das, was ihnen in ihrer Heimat lieb und teuer ist, viel vehementer. Auch in Europa sollten wir unsere Werte und Errungenschaften selbstbewusster und leidenschaftlicher vertreten.

Wer unter Gemeinschaft und Solidarität aber eine Transferunion versteht und – wie die SPD – nach der Einführung von Euro-Bonds ruft, verkennt sowohl die Wurzel der aktuellen Krise als auch den Ernst der Lage. Eine bedingungslose gesamtschuldnerische Haftung von Euro-Mitgliedsstaaten würde die vielerorts noch vorhandene Laissez-faire-Haltung in der Haushaltspolitik adeln. Angela Merkel hat dagegen Verhandlungsgeschick und Zukunftsverantwortung bewiesen. Ihrer Hartnäckigkeit haben wir es zu verdanken, wenn jetzt europaweit Schuldenbremsen eingeführt werden und endlich eine Fiskalunion mit Sanktionsautomatismus bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien etabliert wird. Diese echte Stabilitätskultur sind wir zukünftigen Generationen in Europa und nicht zuletzt dem Euro schuldig! Ich wünsche Ihnen ein glückliches Jahr 2012 und eine fröhliche fünfte Jahreszeit!

Ihr Philipp Lerch

Wahlergebnisse der Mitgliederversammlung der Bonner CDU am 17. Dezember 2011



v.l.n.r.: Stephan Teschner, Franz August Emde, Kai Ortmann, Winrich Schulze, Maria-Theresia van Schewick, Philipp Lerch, Oliver Bringmann, Christos Katzidis, Isabel Liemersdorf, Reinhard Limbach, Wiebke Siever; beim Fototermin nicht anwesend: Herbert Frohn und Jean Antar.

Kreisvorstand

	Ja Stimmen	Prozent
Vorsitzender		
Philipp Lerch	162	92,05
Stellvertreter		
Christos Katzidis	129	73,71
Maria-Theresia van Schewick	142	81,14
Schatzmeisterin		
Patricia Burgunder	156	98,73
Organisationsleiter		
Stephan Teschner	153	98,08
Pressesprecher		
Herbert Frohn	155	98,73
Beisitzer		
Eva Wienfort	118	85,51
Isabel Liemersdorf	113	81,88
Reinhard Limbach	111	80,43
Wiebke Siever	105	76,09
Jean Antar	100	72,46
Winrich Schulze	96	69,57
Oliver Bringmann	88	63,77
Franz August Emde	86	62,32
Kai Ortmann	80	57,97



Bundesdelegierte 2012-2013

	Nachname	Vorname	Stimmen
1	Lerch	Philipp	77
2	van Schewick	Maria-Theresia	69
3	Voss MdEP	Axel	60
4	Bonnie	Nicole	48
5	Krämer-Breuer	Monika	36
6	Katzidis	Christos	35
7	Gaschina-Hergarten	Birgit	31
8	Dürig	Christian	24
9	Winands	David	24
10	Boley	Jutta	17
11	Johannsen	Anna Maria	16
12	Ortmann	Kai	16
13	Schulze	Winrich	16
14	Busch	Udo	13
15	Quirin	Wolfgang	13
16	Dr. Müller	Jens	11
17	Wilhelm	Wendelin	11
18	Dr. Brüßel	Christoph	10
19	Großkurth	Klaus	10
20	Hiepler	Michael	6
21	Rauhut	Stephan	6
22	Schuck	Markus	5
23	Post	Stephan	4
24	Land	Gordon F.	3
25	Dahm	Alexander	2



Landesdelegierte 2012-2013

	Namen	Vornamen	Stimmen
1	Hauser MdL	Benedikt	76
2	Lerch	Philipp	76
3	Voss MdEP	Axel	65
4	Bonnie	Nicole	60
5	van Schewick	Maria-Theresia	54
6	Krämer-Breuer	Monika	50
7	Katzidis	Christos	49
8	Gaschina-Hergarten	Birgit	47
9	Liemersdorf	Isabel	43
10	Boley	Jutta	37
11	Gmilkowsky	Gunnar	34
12	Johannsen	Anna Maria	31
13	Kraus	Birgitta	31
14	Dürig	Christian	30
15	Winands	David	29
16	Busch	Udo	25
17	Ortmann	Kai	22
18	Schulze	Winrich	19
19	Hergarten	Helmut	18
20	Dr. Wilhelm	Wendelin	18
21	Dr. Brüßel	Christoph	15
22	Schönhardt	Frank	15
23	Gold	Christian	13
24	Hiepler	Michael	13
25	Jansen	Christoph	13
26	Großkurth	Klaus	11
27	Lechner	Jan Claudius	11
28	Land	Gordon F.	9
29	Post	Stephan	9
30	Dr. Grünwald	Robert	8
31	Rauhut	Stephan	6



Das Stadthaus – Sanierung oder Neubau? – eine Vernunftentscheidung!

von Dr. Klaus-Peter Gilles, Fraktionsvorsitzender und Reinhard Limbach, Vorsitzender des Projektbeirates Zukunft neues Stadthaus

Im Vergleich zu anderen städtebaulichen Highlights, wie zum Beispiel unserem schönen Rokoko-Rathaus oder dem klassizistischen Universitätsgebäude, gibt es zur Architektur des Bonner Stadthauses durchaus geteilte Meinungen. Erbaut in den Jahren 1973-1977 galt es mit seiner Fertigstellung bereits als zu klein. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Gebäude aus den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts dem damaligen Zeitgeist aber nicht mehr den heutigen, insbesondere technischen Anforderungen entspricht. Der heutige Status quo zeigt deshalb nicht überraschend einen umfassenden Renovierungs- und Modernisierungsschritt in technischer, insbesondere aber in energetischer Hinsicht. Hinzu kommen erhebliche Erhaltungserfordernisse in Flachdachbereichen, Betonteilen und an den Fassaden, welche mit den vorgehängten Glasplatten übrigens lediglich eine gestalterische Funktion aufweisen. Zurzeit wird die Frage – Neubau oder Sanierung – im Rat der Stadt Bonn durchaus kontrovers diskutiert. Im Ergebnis kommt es aber letztlich darauf an, dass man auf einer verlässlichen Datenbasis ideologiefrei entscheiden kann. Aufgrund der vom Städtischen Gebäudemanagement (SGB) vorgelegten Zahlen wird derzeit von der schwarz/grünen Koalition die „modifizierte Sanierung“, wie die seitens der Verwal-

tung vorgeschlagene Lösung bezeichnet wird, präferiert. Dabei handelt es sich um eine turmweise Modernisierung im laufenden Betrieb des Stadthauses, bei Beibehaltung der vorhandenen Ausstattungsstandards und der Strukturen wie beispielsweise Steigestränge, WC-Bereiche, Aufzugsbereiche, Treppenhäuser, Kantine und Ratsaal. Doch eines ist wichtig: bei so großen Projekten müssen die Kostenstrukturen im Vorfeld durch externen Sachverstand plausibilisiert werden. Das geschieht jetzt. Hierauf haben wir als CDU besonderen Wert gelegt!

Wo kommt das Geld her?

Die mit Sicherheit teuerste Form des Sparens ist die der unterlassenen Instandhaltung – weiteres Abwarten ist daher nicht angebracht. Es stellt sich zunächst einmal die Frage, wie lange wir uns die unverhältnismäßig hohen Kosten für Beheizung und Klimatisierung noch leisten können. An jedem Tag ohne erfolgte Modernisierung blasen wir unnötig Energie hinaus – das kostet erheblich viel Geld. Die Antwort auf die obige Frage lautet deshalb: Finanzierung. Dabei muss beachtet werden, dass wir uns in einer Zeit mit einem historisch niedrigen Zinssatz befinden. Die Errichtung von rund 17.000 m² zusätzlichen Flächen in den Randbereichen Maxstraße, Weiherstraße, Franzstraße und Berliner Platz kann nach

dem Umbau einen erheblichen Deckungsbeitrag zu den Zinsbelastungen beitragen, wenn diese Flächen als Einzelhandelsflächen genutzt werden. Des Weiteren können zahlreiche, derzeit extern vorhandene Dienststellen, wieder im Stadthaus untergebracht werden. Das spart erhebliche Mietaufwendungen und reduziert Reibungsverluste. Die Einsparung in energetischer Hinsicht wird zudem erheblich sein.

Wie viele Arbeitsplätze, wie viele Büros brauchen wir überhaupt in 30 Jahren?

Das ist eine ganz schwer zu beantwortende Frage. Sehen Sie sich dazu einmal die bürotechnische Entwicklung, beispielsweise im Bereich EDV, in den letzten 30 Jahren an. Andererseits gab es in der Vergangenheit sehr viele zusätzliche Aufgaben, die seitens des Bundes auf die Kommunen übertragen wurden. Nach unserer persönlichen Einschätzung werden viele „Dienstleistungen“ der Stadtverwaltung zukünftig auf elektronischen Wege und automatisiert erbracht werden können.

Warum kein Neubau?

Sie kennen aus der Tagespresse die genannten Zahlen in Höhe von 138 Millionen Euro für eine „Grundsanierung“ und von 220 Mio. Euro für einen Neubau. Zu beiden Zahlen sei an dieser Stelle angemerkt, dass es sich um Kostenschätzungen zum heutigen Stand handelt, die natürlich der Baupreisentwicklung



(Index) unterliegen und folglich fortgeschrieben werden müssen.

Gemäß Ermittlung des Katasteramtes ist die Immobilie „Stadthaus“ derzeit rund 100 Millionen Euro wert, der Buchwert für das reine Gebäude liegt bei rund 32 Millionen Euro. Würde das Gebäude abgerissen, müssten diese 32 Millionen Euro abgeschrieben werden und sie würden ein großes Loch in die städtische Bilanz reißen. Diese Maßnahme würde uns somit in den Nothaushalt katapultieren.

Die erforderlichen Abrisskosten und die temporäre Unterbringung der Stadtverwaltung in anderen Gebäuden sind in diesen Positionen dabei noch gar nicht enthalten.

Im Übrigen wäre ein Neubau mit einem Stadthaus in dieser Größenordnung nicht darstellbar, da innenstadtnah schlichtweg bereits das Grundstück fehlt. Ein dezentrales Stadthaus wie beispielsweise das ehemalige Landesbehördenhaus an der B9 (ist ohnehin nicht mehr verfügbar) kann weder im Sinne der das Stadthaus aufsuchenden Bürger, noch der 1450 Mitarbeiter des Stadthauses sein.

Aus der Landespartei

Es bleibt viel zu tun

Das abgelaufene Jahr bleibt uns politisch in keiner allzu guten Erinnerung. Auf nationaler Ebene jagte eine Euro-Krisennachricht die nächste, die Wahlausgänge für unsere Partei ließen zu wünschen übrig und der Koalitionspartner beschritt den Weg der Selbstzerfleischung mit schwer zu begreifender Konsequenz weiter. Im Land gerierte sich die Minderheitsregierung als Schuldenmacher erster Güte, drehte gleichzeitig die gute Entwicklung der Infrastruktur um und machte auch sonst fünf Jahre guter Arbeit der Regierung Rüttgers mit wenigen Federstrichen zunichte. Und vor Ort hatten wir nicht nur mit massiven Haushaltsproblemen zu kämpfen, nein, ausgerechnet die eigene Bundesregierung in Person von Thomas de Maizière packte die Bonn/Berlin-Axt wieder aus.

Ohne alte Beiträge zu den vielen einzelnen Themen wieder aufzuwärmen, sei aber an dieser Stelle auch festgestellt, dass die CDU dagegen halten konnte. Angela Merkel führt Europa durch die Krise und die Umfragewerte haben sich durchaus stabilisiert. Der Verteidigungsminister konnte seine Umzugspläne nicht einfach so und unwiderrprochen durchsetzen. Der Gegenwind bleibt ihm auch im neuen Jahr erhalten, die Äußerungen des Deutschen Beamtenbundes lassen an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig.

Was heißt das für das vor uns liegende Jahr? Zum einen natürlich, dass der Kampf um das Bonn/Berlin-Gesetz weiter geht. Um etwas frei zu zitieren: Eine kleine Stadt am Rhein wird nicht aufhören, dem



Benedikt Hauser MdL

großen Berlin Widerstand zu leisten. Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, um die Stadt und die Kreispartei dabei zu unterstützen. Meine Agenda in der Landespolitik orientiert sich ebenfalls an den für Bonn wichtigen Themen. Ich werde nicht aufhören, für eine Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt zu streiten und habe durchaus die Hoffnung, dass die 40 neuen Beamten, die das Präsidium im letzten September verstärkt haben, kein Einzelfall bleiben. Ein erstes Treffen mit der neuen Polizeipräsidentin ist bereits fest terminiert. Das zweite große Thema ist natürlich die Verkehrsinfrastruktur. Mit Bau- und Planungsstopps hat es Rot-Grün geschafft, den dringend nötigen weite-

ren Ausbau einer vernünftigen und ausgewogenen Verkehrslandschaft in NRW faktisch zum Erliegen zu bringen. Das muss geändert werden, sonst sind Staus auf den Autobahnen demnächst Alltag und die Schienenwege nicht in der Lage, den Zuwachs an Güterverkehr noch aufzunehmen. Gerade bei den Schienen gibt es noch einen weiteren wichtigen Aspekt: Am Ausbau hängt oftmals die Verbesserung des Lärmschutzes. Und der ist wichtig für die Anwohner direkt an der Strecke, die auch zukünftig von den vor der Einführung stehenden lärmabhängigen Trassenpreisen profitieren werden.

Ein Thema, das akut vor allem die jüngere Generation umtreibt, ist die finanzielle Ausstattung der Universitäten. Während schwarz-gelb die Problematik erkannt und – auch mit moderaten Studiengebühren – zumindest im Ansatz in den Griff bekommen hat, fahren Hannelore Krafts Bildungssozialisten die Karre wieder vor die Wand. Für die Abschaffung der Studiengebühren wurde den Hochschulen ein voller Ausgleich versprochen – aber gedeckelt auf den Stand von 2009. Resultat: Allein 2012 fehlen der Bonner Universität 4,2 Millionen Euro im Vergleich zu dem Geld, das sie durch Studiengebühren eingenommen hätte. Was zu Beginn des Wintersemesters mit kürzerem Abitur und Wegfall der Wehrpflicht auf die Unis zurollt, davon wollen wir gar nicht erst reden. Ich bin gespannt, wann die Landesregierung diese bildungspolitische Geisterfahrt endlich beendet.

Ein weiteres brandaktuelles Thema ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die Stadt Bonn und ihre Verwaltung sowie die örtliche Kommunalpolitik sind seit Jahren bemüht, den Haushalt der Stadt Bonn solide zu gestalten. Eine Fülle von unbeliebten Maßnahmen hat auf Grund der äußeren Rahmenbedin-

gungen immer noch nicht dazu geführt, den Haushalt ausgleichen zu können. Die Aktivitäten der aktuellen Landesregierung führen, im Gegensatz zur Meinung des Innenministers, eben nicht durchgängig und hinreichend zu einer Stärkung der kommunalen Finanzen. Mir erscheint die Kommunalfreundlichkeit der Landesregierung ohnehin fragwürdig. Ein Beispiel dafür ist die Änderung des Schulgesetzes in Bezug auf das Einschulungsalter, welche kompensationslos zur Erhöhung der Kindertagesstättenbedarfszahlen in Bonn von über 600 Plätzen geführt hat – vom Aufwand für die komplette Überarbeitung eines fertigen Konzeptes ganz zu schweigen. Das von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen vorgesehene sogenannte Tariftrueugesetz wird – selbst nach den Einschätzungen der Landesregierung – Kosten in der kommunalen Familie im höheren dreistelligen Millionenbereich zur Folge haben. Das Stärkungspaktgesetz, welches abundante Kommunen und solche, die es werden können, mitnichten nachhaltig vor der Inanspruchnahme schützt, sehe ich in der Tat als unzureichend an, um die Kommunalfinanzien auf breiter Basis solide durch das Land zu unterstützen. Im Gegenteil trägt die zusätzliche Förderung einiger weniger Kommunen bei indirekter Benachteiligung des größeren Teils der Städte und Gemeinden dazu bei, die bislang sehr solidarische kommunale Familie in unserem Bundesland zu spalten.

Die Arbeit für Bonn und seine Bürgerinnen und Bürger geht also weiter – gehen wir es an! Wer immer bestens über die Landespolitik informiert sein möchte kann meinen monatlichen E-Mail-Newsletter abonnieren. Einfach auf www.benedikt-hauser.de anmelden.

Aus der Kreispartei

Neujahrsempfang der Beueler CDU

Zum traditionellen Neujahrsempfang der Beueler CDU am Mittwoch, 11. Januar, waren rund 250 Gäste ins Beueler Rathaus gekommen. Beuels CDU-Fraktionssprecher Günter Dederichs und der Vorsitzende der Beueler CDU Detlev Lehmann haben Gäste aus Politik, Gesellschaft, aus der Beueler Geschäftswelt sowie zahlreiche Vertreter der Beueler Vereine begrüßt.

Dr. Helge Braun MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hielt auf dem Empfang einen Vortrag über „Zukunft made in Germany – wie Deutschland durch Bildung und Forschung unseren Wohlstand sichert“. Deutschland sei nach wie vor führend, wenn es um die Forschung und Entwicklung ginge. Die Maschinen und das Know-how aus Deutschland seien unübertroffen.

„Die Einzigen, die aus der Bankenkrise gut herausgekommen sind, sind die Deutschen“, hieß es im Ausland. Er mahnte, dass man bei den Investitionen in die Bildung nicht sparen dürfe, und dass jedes

Kind, jeder Jugendliche eine Chance erhalten muss, für die Zukunft ausgestattet zu sein.

Der Beueler CDU-Vorsitzende lobte in seiner Ansprache die Arbeit der Beueler Vereine und Vereinigungen „ohne die hier in Beuel vieles nicht möglich wäre“. Er mahnte die Planungen zur S13 an und bat den anwesenden Benedikt Hauser MdL, sich hierfür in Düsseldorf einzusetzen. „Setzt das Ding doch endlich auf die Gleise“, so Detlev Lehmann. Von der S13 würde in Beuel sehr vieles abhängen, so der behindertengerechte Ausbau der Straßenbahnhaltstelle in Vilich, der Lärmschutz entlang der Bahn und die weitere Entwicklung des Bahnhofsumfeldes. Kritik übte Lehmann an Teilen des Verkehrsentwicklungskonzeptes 2020 und des neuen Zentrenkonzeptes der Stadtverwaltung, das „nur ein Verhinderungskonzept für den Einzelhandel in Beuel“ ist.

Zudem lobte er die CDU-Landespolitik, da jetzt „Gesamtschulen kein Teufelswerk und Hauptschulen keine heiligen Kühe“ mehr seien.



Foto: Nikola Raegner

Kreisverband

Arbeitskreise

AK Entwicklungspolitik

Do. 2.2., 19 h: Themenoffene Sitzung

Kreisgeschäftsstelle, Eduard-Otto-Str. 34.

AK Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik

Do. 28.2., 19 h: Themenoffene Sitzung

Kreisgeschäftsstelle, Eduard-Otto-Str. 34.

AK Innere Sicherheit

Mi., 1.2., 19:30 h: Hilfsorganisationen

Abschlussbericht, Kreisgeschäftsstelle, Eduard-Otto-Str. 34.

Mi., 21.3., 19:30 h: Themenoffene Sitzung

Kreisgeschäftsstelle, Eduard-Otto-Str. 34.

AK Gesundheitspolitik und Sport

Mo. 6.2., 19:30 h: Podiumsdiskussion Organspende

Referenten: Prof. Dr. med. Jörg C. Kalff, Direktor

der Chirurgischen Klinik, Prof. Dr. Torsten Verrel, Direktor des Kriminologischen Seminars der Rechtswiss. Fakultät der Uni Bonn, Katholische Hochschulgemeinde, Brüdergasse 8.

AK Sozialpolitik

Do. 9.2., 19:30 h: Zukunftsorientierte Lohnpolitik
Sitzungszimmer UG, Haus Daufenbach, Brüdergasse 6.

Do. 15.3., 19:30 h: Themenoffene Sitzung

Sitzungszimmer UG, Haus Daufenbach, Brüdergasse 6.

AK Wirtschafts- und Finanzpolitik/Soziale Marktwirtschaft

Do. 8.3., 19 h: Konstituierende Sitzung

Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.
Kreisgeschäftsstelle, Eduard-Otto-Str. 34.

Bonn

Stadtbezirksverband Bonn

Mo. 6.2., 19:30 h: Diskussionsveranstaltung zur Organspende

Referenten: Prof. Dr. med. Jörg C. Kalff, Direktor der Chirurgischen Klinik, Prof. Dr. Torsten Verrel, Direktor des Kriminologischen Seminars der Rechtswiss. Fakultät der Uni Bonn, Katholische Hochschulgemeinde, Brüdergasse 8.

wiss. Fakultät der Uni Bonn, Katholische Hochschulgemeinde, Brüdergasse 8.

OV Auerberg

Mi. 22.2., 19 h: Traditionelles Fischessen

mit politischen Einlagen, Galerie Design Hotel, Kölnstr. 360. Anmeldung bis 10.2. an:

info@wolfgang-maiwaldt.de

Fr. 2.3., 19 h: Mitgliederversammlung

mit Neuwahlen des Vorstandes, Seniorenheim Josefshöhe, Am Josephinum 1.

So. 18.3., 11 h: 27. Jahresempfang

Seniorenheim Josefshöhe, Am Josephinum 1.

Anmeldungen erbeten: info@wolfgang-maiwaldt.de

OV Röttgen / Ückesdorf

Mi. 29.02., 19 h: Kommunalpolitischer Stammtisch

Gasthof Butscheid, Ückesdorf, Hubertusstr. 1.

Bad Godesberg

OV Friesdorf

Di. 14.2., 20 h: Politischer Stammtisch

mit Stv. Ingeborg Cziudaj und Bzv. Alfred Giersberg, Gaststätte Friesdorfer Hof, Bernkastelerstr. 46.

Sa. 25.2., 10 h: Infostand Bürgertreff

mit Stv. Ingeborg Cziudaj und Bzv. Alfred Giersberg, Klufferplatz.

Di. 13.3., 20 h: Politischer Stammtisch

mit Stv. Ingeborg Cziudaj und Bzv. Alfred Giersberg, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

Sa. 24.3., 10 h: Infostand Bürgertreff

mit Stv. Ingeborg Cziudaj und Bzv. Alfred Giersberg, Klufferplatz.

OV Mehlem

Sa. 10.3., 12 h: Politischer Stammtisch – Wir vor Ort

mit Bzv. Jan Claudius Lechner, Café Mehr, Mainzer Straße 199.

Beuel

OV Beuel-Nord

Do. 9.2., 19 h: Politischer Stammtisch

mit Stv. Guido Déus, Wirtshaus Assenmacher, Stiftsstr. 2.

OV LiKüRa / Beuel-Süd

Mi. 22.2., 18 h: Besuch bei CAESAR

gemeinsam mit Bezirksfraktion, OV Oberkassel, Senioren-Union, MIT. Information und Anmeldung bei Rosemarie Langer: 477342.

OV Oberkassel

Mi. 22.2., 18 h: Besuch bei CAESAR

gemeinsam mit Bezirksfraktion, OV LiKüRa, Senioren-Union, MIT. Information und Anmeldung bei Rosemarie Langer: 477342.

Vorstandswahlen

Ortsverband Venusberg/Ippendorf

Vorsitzender: Ingo Schulze; Stellvertreter: Martin Berg, Dietrich Gabbert; Schriftführer: Heinrich Sudmann; Beisitzer: Oda Maria Döring, Georg Goetz, Winfried Kreuzwald, Dr. Eva Müller-Goll, Christian Raulf, Prof. Dr. Rainer Schalus.

Junge Union Beuel

Vorsitzender: Christian Peckart; Stellvertreter: Marco Rudolph; Schatzmeister: Sven Ossensbeck; Beisitzer: Stephan Brüggemann, Nikolaus Ehlenz, Evelyn Höller.

Hardtberg

OV Brüser Berg

Mo. 5.3., 19:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Nachbarschaftszentrum, Fahrenheitstr. 49.

Di. 20.3., 19 h: Frühjahrsempfang mit Benedikt Hauser MdL

Ortsteilzentrum Brüser Berg, Fahrenheitstr. 49.

Besuch der Großen Weiberfastnachtsitzung des Damenkomitees Blau-Weiss-Duisdorf von 1935, Schmitthalle.

Mi. 22.2., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Musikschule, Villemompler Str./Schieffelingweg.

Sa. 25.2., 11 h: Infostand

Marktplatz, Rochusstr.

Mi. 14.3., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Musikschule, Villemompler Str./Schieffelingweg.

Sa. 17.3., 11 h: Infostand

Marktplatz, Rochusstr.

Do. 22.3., 19:30 h: Mitgliederversammlung

Ehemaliges DRK-Heim, Heilsbachstr. 4.

OV Lengsdorf

Di. 28.2., 19 h: Bürgergespräch mit Benedikt Hauser MdL

Heimatemuseum Lengsdorf, Lengsdorfer Hauptstr.

Vereinigungen

Frauen Union Bonn

Mi. 15.2., 18 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Weinhaus Daufenbach, Brüdergasse 6.

Mi. 4.4., 18 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Weinhaus Daufenbach, Brüdergasse 6.

Frauen Union Bad Godesberg

Sa. 10.3., 14 h: Besichtigung Adenauer Haus

Konrad-Adenauer-Str. 8c, 53604 Bad Honnef. Anmeldung in der Kreisgeschäftsstelle unter Tel.: 9177811.

Junge Union Bad Godesberg

Do. 22.3., 19 h: Politischer Stammtisch

Gaststätte Zwitscherstube, Rheinallee 17.

Junge Union Beuel

So. 19.2., 10 h: JU-Karnevalswagen beim LiKü-Ra-Zug

Teilnehmen können alle Mitglieder und Interessier-

te. Für Kostüm, Kamelle und Verpflegung zahlen Mitglieder 25, Nicht-Mitglieder 35 Euro. Anmeldungen erbeten unter: vorsitzender@ju-beuel.de

Junge Union Bonn-Zentral

Mo. 6.2., 19:30 h: Diskussionsveranstaltung zur Organspende

Referenten: Prof. Dr. med. Jörg C. Kalff, Direktor der Chirurgischen Klinik, Prof. Dr. Torsten Verrel, Direktor des Kriminologischen Seminars der Rechtswiss. Fakultät der Uni Bonn, Katholische Hochschulgemeinde, Brüdergasse 8.

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Bonn

Mi. 1.2., 18 h: Politischer Stammtisch

Gaststätte Salvator, In der Sürst 5 - 7.

Sa. 11.2., 19:30 h: Ostdeutscher Winterball

Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.

Mi. 7.3., 18 h: Politischer Stammtisch

Gaststätte Salvator, In der Sürst 5 - 7.

Mi. 4.4., 18 h: Politischer Stammtisch

Gaststätte Salvator, In der Sürst 5 - 7.

Senioren Union Beuel

Do. 1.3., 16 h: 2012 Schicksalsjahr für Europa?

Diskussionsveranstaltung mit Axel Voss MdEP, Rathaus Beuel, Großer Saal, Friedrich-Breuer-Str. 65.

CDU Kleiderstube Beuel

Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 15 bis 18 Uhr, Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16, Tel. 46 21 00.



Über 40 Gäste aus der Politik, der Wirtschaft und den Kirchen folgten der Einladung der CDU-Ortsverbände Hochkreuz und Plittersdorf zum Neujahrsempfang und diskutierten angeregt über aktuelle politische Themen. Die Ortsvorsitzenden Bzv. Elke Melzer und Dr. Olaf Asendorf sowie Stv. Frank von Alten-Bockum begrüßten unter anderem Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Benedikt Hauser MdL, Bezirksbürgermeisterin Annette Schwolen-Flümann und Philipp Lerch. In ihrer Rede warf die Bundestagsabgeordnete aus dem Rhein-Sieg-Kreis einen Blick zurück auf das vergangene Jahr und betonte, dass die Bundesregierung den Herausforderungen der Schuldenkrise mit klugen und vorausschauenden Entscheidungen begegnet sei. Im neuen Jahr müsse die Krise bewältigt und ein Mehr an Europäischer Integration ermöglicht werden. Gemeinsam mit der Bonner CDU werde man auch 2012 für die Einhaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes kämpfen, so die Kreisvorsitzende der CDU Rhein-Sieg mit Blick auf die entsprechenden Aktionen beider Kreisverbände. Im Anschluss an ihre Ausführungen fand eine lebhaft und spannende Diskussion statt.

Impressum

Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn
Eduard-Otto-Str. 34
53129 Bonn

Tel.: 91 77 80

Fax: 54 94 30

Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>

e-mail: unionkurier@cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
(BLZ 370 50198)

Kto-Nr: 310 260 08

Verlag: Infobonn print GmbH,
Bundeskanzlerplatz 2-10,
53113 Bonn

Redaktion: Herbert Frohn, Bernhard Albrecht (v.i.S.d.P.)

Fotos: CDU, Gunnar Gmilkowsky, Nikola Raegner

Entwurf/Layout: Steinhauer Kommunikation

Auflage/Preis: Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Hinweis:

Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.